



Runder Tisch
KLIMANOTSTAND
Aachen

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2022

Fragen bearbeitet von:

Holger Brantin und Annika Fohn

Partei:

CDU

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO₂ und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO₂ und CO₂-Äquivalente synonym. Ebenso verwenden wir den Begriff Treibhausgase (THG).



Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich zum Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität, höherer Grad an Autonomie in Energiefragen), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2021 noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA¹). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf Milliarden Euro. Ein Teil dieser Versäumnisse entfällt auf unser Bundesland.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja Eher ja Eher nein Nein

3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kipppunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

Ja Nein

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

Ja Nein



5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO₂-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO₂-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen.

Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Klimaschutz kann nur durch vereintes, globales Handeln gelingen. Klimaschädlichen Emissionen müssen weltweit reduziert werden. Die Einflussmöglichkeiten des Landes NRW sind dabei beschränkt. Zudem sind immer auch wirtschaftliche und soziale Aspekte in die Abwägungsentscheidungen einzubeziehen.

6. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO₂ zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Landesebene machen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Rohstoffe und Energie zu sparen ist wichtig. Wir setzen dabei vor allem auf Innovation und technischen Fortschritt. Denn der Klimaschutz braucht eine breite Zustimmung in unserer Gesellschaft. Dies wird nur gelingen, wenn er von den Menschen nicht mit Verzicht und Wohlstandseinbußen gleichgesetzt wird.



7. Klimaschutz hat viele Facetten. Daher kommt es bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Begrenzung der Erdüberhitzung zu Zielkonflikten. Zum Beispiel wird häufig gegen den Naturschutz gehandelt, obwohl Naturschutz integraler Bestandteil des Klimaschutzes ist.

Werden Sie auf eine Auflösung bestehender Konflikte in den Förderprogrammen des Landes hinwirken?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie Konflikte auflöst und auf einen Interessenausgleich hinwirkt. Dies gilt auch im Verhältnis von Klima- und Naturschutz.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)² dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auch in NRW auf der Agenda stehen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Das Hochwasser im Juli 2022 hat gezeigt, wie verwundbar wir im Angesicht der durch den Klimawandel verstärkten Naturgewalten sind. Wir müssen uns an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anpassen. Dazu zählt ein noch besserer Hochwasserschutz. Aber auch einer Überhitzung gerade im urbanen Bereich wollen wir effektiv entgegenwirken. Dies kann beispielsweise durch die Begrünung von Gebäuden und die Integration von Wasserelementen in den Städtebau gelingen.



9. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW oder die landeseigene NRW.BANK) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir wollen NRW zum klimaneutralen Industrieland Nr. 1 machen. Zugleich wollen wir die Substanz bestehender Strukturen und damit Arbeitsplätze sowie den Wohlstand unserer Gesellschaft erhalten.

10. Welche drei umweltschädlichen Subventionen auf Landesebene sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. Braunkohle

abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Wir halten an dem Ziel bis 2030 aus der Braunkohle auszusteigen fest.

2. PV-Anlagen

abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Insbesondere PV-Anlagen auf privaten Dächern werden immer unattraktiver. Durch die Einrichtung einer One-Stop-Agency wollen wir die Verwaltungsverfahren für Bauwillige vereinfachen. Außerdem haben wir eine klare Forderung an den Bund: Bis zu einer Bagatellgrenze von 30 KW installierter Leistung müssen Eigentümer von PV-Anlagen von sämtlichen Steuern auf die Erträge der Anlagen befreit werden.



3. Vereinsförderung

abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Analog zu den erfolgreichen Heimatchecks wollen wir Umwelt-Checks von bis zu 2.000 Euro an Vereine und Gruppierungen vergeben, damit diese kreative, individuelle Umwelt- und Naturschutzvorhaben umsetzen können.

11. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Der Klimaschutz ist eine ganzheitliche Aufgabe, die nahezu jeden Politikbereich betrifft. Deshalb kann an vielen Stellen darauf hingewirkt werden, das Abkommen von Paris umzusetzen. Dabei gilt es jedoch immer kluge Abwägungsentscheidungen zu treffen und alle betroffenen Interessen zu berücksichtigen.

12. Werden Sie während Ihrer Zeit in Düsseldorf den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

Ja, ich werde Termine einfordern Ja, aber nicht eigeninitiativ Nein



Verkehr

Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit zahlreichen Ballungsgebieten und einem immensen Verkehrsaufkommen, kommt NRW in einer klimagerechten Mobilitätswende eine ganz besondere Rolle zu. Die Herausforderung liegt darin, allen Menschen, ob in der Stadt oder auf dem Land, nachhaltige Mobilität zu ermöglichen.

1. Ende 2021 wurde im Landtag NRW das neue Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz verabschiedet, um den Rad- und Fußverkehr zu fördern. Unter anderem sollen künftig (ohne konkrete Jahresangabe) 25% des Verkehrsaufkommens in NRW auf das Fahrrad entfallen. Derzeit sind es nur circa 9%.³

Bis wann sollte das Ziel von 25% Radverkehrsanteil am Modal Split erreicht werden?

Bis _____ (Jahresangabe)

Kurze Begründung:

Für die Umsetzung bedarf es kluger Konzepte. Dabei sind vor allem die Kommunen gefragt. Wichtig ist, dass Lösungen entwickelt werden, die alle Interessen berücksichtigen und eine dauerhafte Akzeptanz erzeugen. Dies kann manchmal dauern. Uns kommt es weniger auf das Erreichen eines bestimmten Zeitziels als vielmehr auf eine langfristig erfolgreiche Umsetzung.

2. In Aachen kommen momentan 446 PKW⁴ auf 1000 Einwohner*innen. Der aktuelle NRW-Durchschnitt liegt bei 570 PKW pro 1000 Einwohner*innen⁵. Wie sollte sich dieser Wert für eine Großstadt wie Aachen im Zuge einer ökologischen Verkehrswende bis 2030 entwickelt haben?

gewachsen um ca. + _____ %

gesunken um ca. - _____ %

gleich bleiben +/- 0 %

Kurze Begründung:

Wichtiger als die Zahl der Fahrzeuge ist ihre Antriebsform. Wir setzen auf Strom und Wasserstoff, um individuelle und zugleich klimafreundliche Mobilität zu ermöglichen.

3 <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/fahrrad-und-nahmobilitaetsgesetz-100.html>

4 https://aachen.de/DE/stadt_buerger/aachen_profil/statistische_daten/aachen_zahlen/juli_2021/index.html

5 <https://www.it.nrw/570-pkw-je-1-000-einwohner-nrw-autoland-nrw-statistiker-legen-aktuelle-storymap-zur-pkw-dichte-vor>



3. In NRW werden nach wie vor zahlreiche Neubauprojekte für Landesstraßen geplant und durchgeführt, obwohl NRW bereits nach Bayern das zweitlängste überregionale Straßen-/Autobahnnetz⁶ hat.

Stimmen Sie der folgenden Aussage zu:

In Zeiten der Klimakrise sollten solche Projekte auf ein Mindestmaß reduziert oder vermieden werden.

Ja Eher ja Eher nein Nein

4. Sie können im Folgenden bis zu drei Gründe nennen, die Ihrer Meinung nach dennoch den Neubau von überregionalen Straßen und Autobahnen in NRW rechtfertigen.

1. Umgehungsstraßen schonen die Luft in den Innenstädten

2. Staus auf verstopften Straßen sind besonders klimaschädlich

3. Als Transit- und Industrieland braucht NRW ein leistungsfähiges Straßennetz

5. Circa 4,7 Millionen der 9 Millionen Erwerbstätigen⁷ in NRW pendelten 2020 über die Grenzen ihres Wohnortes hinweg zur Arbeit. Im Jahr 2016 nutzten 70,2% der⁸ Erwerbstätigen in NRW den PKW für den Weg zur Arbeit. Dies hat Unmengen an Treibhausgasen, Lärm, Luftverschmutzung, Unfällen, Ressourcenverbrauch (PKW-Produktion, Straßeninstandhaltung,...) und andere negative Effekte zur Folge.

Können diese mit Pendelverkehr verbundenen Probleme allein durch den Umstieg auf E-PKW und eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV kurz- und mittelfristig gelöst werden?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Wenn (eher) nein:

Sollten regulatorische/ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden?

Kurze Begründung:

Es ist wichtig die Angebote des Umweltverbundes zu stärken und noch attraktiver zu gestalten. Zugleich gehört es jedoch zu einer gerechten Politik, anzuerkennen, dass der kurzfristige Umstieg nicht in jedem Fall praktikabel oder finanzierbar ist.

6 <https://www.statistikportal.de/de/transport-und-verkehr/ueberoertlicher-verkehr>

7 <https://www.it.nrw/pendlerstatistik-nrw-mehr-als-jeder-zweite-erwerbstaetige-pendelte-2020-eine-andere-gemeinde-105777>

8 <https://www.it.nrw/nrw-mehr-als-80-prozent-der-erwerbstaetigen-aus-kleinen-gemeinden-pendelten-2016-mit-dem-pkw-zur>



6. Welche Rolle nimmt der motorisierte Individualverkehr in Ihrer Mobilitätsutopie für Aachen ein?

Freitext:

Wir haben keine Utopie. Gute Politik sollte sich auf die realen Verhältnisse und nicht auf Träumereien beziehen.
Wir wollen auch in Zukunft individuelle Mobilität ermöglichen. Wir denken Auto, Fahrrad und ÖPNV nicht als Konkurrenten. Stattdessen wollen wir darauf hinarbeiten, dass die verschiedenen Angebot miteinander verknüpft werden und sich so ergänzen können.
Beim motorisierten Individualverkehr setzen wir langfristig auf den Elektroantrieb und die Kraft des Wasserstoffs. Auch Sharing-Angebote können einen wichtigen Teil zu mehr Klimaschutz beitragen.



Kreislaufwirtschaft

Wiederaufbereitung von Verpackungskunststoffen, die mit diesem wiederaufbereiteten Kunststoff hergestellte Kleidung und deren unweigerlich erfolgende Entsorgung im Hausmüll sind kein Kreislauf. Stattdessen ist es ein Beispiel für eine Einbahnstraße, an deren Ende die Rohstoffe auf Deponien oder in Brennöfen verloren gehen.

Eine echte Kreislaufwirtschaft mit tatsächlich geschlossenen Kreisläufen hält die Rohstoffe im (Wirtschafts-)System. So werden Umweltzerstörung und Emissionen vermieden. Emissionen werden beispielsweise dadurch eingespart, dass Rohstoffe mehrmals verwendet werden können und nicht neu gefördert werden müssen und Teilschritte in der Verarbeitung entfallen.

Dann müssen insbesondere keine (neuen) Minen gebaut oder erweitert werden, wofür Regenwald gerodet wird (z.B. [Kupfer-]Minen im [ecuadorianschen] Regenwald⁹). Dies verhindert Emissionen durch Entwaldung.

Darüber hinaus werden mit einer 30%igen Schrottbeimischung im Hochhofen bei der Stahlproduktion rund 20% THG eingespart.

Wenn ausschließlich Schrott im Elektroofen genutzt wird, sind es sogar 84% THG-Einsparung. Die Prozentangaben sind jeweils im Verhältnis zu einer fünfprozentigen Schrottbeimischung im Hochhofen zu verstehen.¹⁰

1. Werden Sie sich für die Errichtung einer Kreislaufwirtschaft in NRW bzw. der Beteiligung sämtlicher Akteur*innen aus NRW an (je nach Stoffkreislauf) lokalen / nationalen / europäischen /... Kreisläufen einsetzen oder Ihre Kolleg*innen bei diesem Vorhaben unterstützen?

Ja

Eher ja

Eher nein

Nein

9 <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/ecuador-kupferminen-bergbaufirmen-100.html>

10 <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REPO303.pdf>

Seite 59 des Berichts, Seite 61 des PDF-Dokuments. Der Bericht des UBA Österreich betrachtet die Prozesse für Österreich. Die Ergebnisse sind auf Deutschland übertragbar



2. Der oben genannte Aufbau einer Kreislaufwirtschaft bzw. die Befähigung der Akteur*innen aus NRW zur Kreislaufwirtschaft lässt sich unter anderem damit fördern, dass die öffentliche Hand nur noch kreislauffähige Produkte bezieht. Kreislauffähigkeit wird unter anderem durch Cradle to Cradle¹¹ zertifiziert, sodass z.B. die C2C-Zertifizierung als Ausschreibungsmerkmal herangezogen werden könnte. Wie stehen Sie zu der Förderung der Kreislaufwirtschaft durch das Land, indem öffentliche Gelder (des Landes) an Kreislaufwirtschaftskriterien gekoppelt werden?

- Kreislauffähigkeit sollte ein zwingendes Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein.
- Kreislauffähigkeit sollte ein Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein.
- Kreislauffähigkeit eines Produkts sollte nur in der Beschaffung des Landes eine Rolle spielen, nicht jedoch in z.B. den Förderprogrammen des Landes.
- Ich finde nicht, dass Kreislauffähigkeit ein Kriterium in der Vergabe öffentlicher Gelder sein sollte.

Kurze Begründung:

Die Kreislaufwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zu mehr Klima- und Umweltschutz leisten. Die Kreislauffähigkeit kann auch bei öffentlichen Aufträgen berücksichtigt werden. Dabei sind jedoch die Praktikabilität und die finanziellen Kosten zu berücksichtigen.

3. Eine Reparatur ist ein leichter Weg, ein Produkt mit sehr geringen CO₂-Kosten funktionstüchtig zu halten. Dadurch werden die im Produkt durch seine Herstellung enthaltenen Treibhausgase und Rohstoffe in dem Sinne gespart, dass keine erneute Herstellung nötig ist.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung Reparaturen erleichtern wird?

Dies kann zum Beispiel über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturen und Gebrauchtgegenstände oder einen unkomplizierten Zugang zu Bauplänen sowie Ersatzteilen und anderen für die Reparatur notwendigen Informationen geschehen.¹²

Ja Eher ja Eher nein Nein

¹¹ <https://www.c2ccertified.org/get-certified/product-certification>

¹² Dies fordert neben unter anderem die Verbraucherzentrale NRW.
<https://www.verbraucherzentrale.nrw/ltwnrw>



Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen, da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.¹³

1. Pauschale Abstandsregeln für Windenergieanlagen zur Wohnbebauung behindern die Energiewende massiv ohne die Akzeptanz¹⁴ zu erhöhen. Werden Sie die Abstandsregel¹⁵ ersatzlos streichen?

Ja Nein

2. Um wieviel GW werden Sie Wind- und Solarenergie in NRW pro Jahr ausbauen?

_____ GW Wind _____ GW Solar

3. Das EEG räumt den Bundesländern die Möglichkeit ein, die Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten¹⁶ zu erweitern.¹⁷ Werden Sie dort zusätzliche Flächen für Photovoltaik freigeben? In welcher Größenordnung?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Größe der Fläche:

¹³ <https://iea.blob.core.windows.net/assets/>

¹⁴ <https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Akzeptanz/>

¹⁵ https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=29504&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=517851

¹⁶ https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_3.html

¹⁷ https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_37.html



4. Werden Sie eine Solarpflicht für neue Privat- und Gewerbebauten einführen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir setzen uns für eine starke Förderung von Solar- und Photovoltaikanlagen ein. Zwingende Vorgaben lehnen wir jedoch ab.

5. In NRW sind Abstände von Photovoltaik- und Solarthermieranlagen zu Nachbarhäusern vorgeschrieben. Dadurch können die vorhandenen Solar-Potenziale auf Dächern nicht ausreichend genutzt werden.

Werden Sie den Bau von Photovoltaikanlagen ohne Abstände bei hoher Brandschutzklasse ermöglichen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Uns ist es wichtig, das Potential für Solar- und Photovoltaik-Anlagen möglichst auszuschöpfen. Im Zweifel kommt jedoch dem Brandschutz ein höheres Gewicht zu.



Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der damit verbunden Ernährung kommen große Rollen zu. Sie sind nicht nur für direkte Emissionen verantwortlich, sondern haben zusätzlich enormen Einfluss auf die Biodiversität. In Anbetracht der Tatsache, dass Biodiversitätskrise und Klimakrise sich gegenseitig anheizen, ist auch eine umfassende Biodiversitätsstrategie von Nöten.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholung und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten.

1. Setzen Sie sich dafür ein, dass das Land die Pachtverträge seiner verpachteten Flächen zum nächstmöglichen Zeitpunkt so anpasst, dass in Zukunft ausschließlich eine ökologische Bewirtschaftung (von zertifizierten und umstellenden Betrieben) stattfindet?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir wollen konventionelle und ökologische Landwirtschaft nicht gegeneinander ausspielen. beide sind für uns wichtige Partner unter anderem beim Klima-, Natur- und Umweltschutz.

2. Setzen Sie sich für eine Essens- bzw. Menüumstellung in allen in Frage kommenden Kantinen, Schul-/Kita-Küchen und ähnlichen Landeseinrichtungen auf regionale, fleischarme und ökologisch hergestellte Produkte ein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wichtig ist uns ein vielseitiges Angebot. Dazu gehören auch regionale, fleischarme und ökologische Gerichte. Doch auch am Mittagstisch lehnen wir Bevormundung ab.

3. Setzen Sie sich in den forstwirtschaftlich genutzten Waldbereichen dafür ein, dass der Anteil von liegendem und stehendem Totholz auf mindestens 10 Prozent erhöht wird und mehr gefällte Laubbäume im Wald belassen werden?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Totholz ist eine wichtige Grundlage für den langfristigen Erhalt des Waldes. Zugleich muss die Waldbewirtschaftung rentabel bleiben. Hier gilt es durch kluge Abwägung eines Ausgleich zu erzielen.



Städtebau, Bauen, Stadtgrün

Deutschland ist gebaut. Dennoch entfallen circa 40% des deutschen Energieverbrauchs inklusiv des Betriebs der Gebäude auf diesen Sektor. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern¹⁸. Hieran hat die sog. graue Energie (Emissionen aus Herstellung, Transport und Verwertung) bei Neubauten einen Anteil bis 50%. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Darüberhinaus leistet die Versiegelung von Freiflächen, insbesondere Grünflächen, für unterschiedlichste Baumaßnahmen einen Beitrag zum Klimawandel und der Zuspitzung der nicht weniger existenziellen Biodiversitätskrise.

Dieser Schwund von 5 bis 8 ha pro Tag in NRW soll schon seit Jahren deutlich reduziert werden, mit dem Ziel auf eine klimaneutrale Null zu kommen. Bisher ist keine Reduktion zu erkennen, der Wert stagniert im Wesentlichen.¹⁹

1. Welche gesetzlichen Vorgaben streben Sie auf Landesebene an, um die graue Energie zu minimieren?

a) Einführung eines CO₂-Passes für Gebäude

Kurze Begründung:

b) Anpassung des Baurechts auf Landes- und Bundesebene, um mehr serielles und modulares Bauen zu ermöglichen

Kurze Begründung:

Seriell und modulares Bauen führt zu schnellerem und effizienterem Bauen. Dadurch wird das finanziell günstiger. Durch einheitliche Produktionsprozesse kann auch das Klima geschont werden.

c) Förderung des Baustoffrecyclings

Kurze Begründung:

Wenn Bestandteile abgerissener Gebäude in neuen Häusern verbaut werden, braucht es weniger klimaschädlicher Produktionsprozesse.

¹⁸ <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/>

<https://globalabc.org/resources/publications/2020-global-status-report-buildings-and-construction>

¹⁹ <https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/bodenschutz-und-altlasten/flaechenverbrauch>



2. Die eingangs erwähnten Emissionen fallen bei der Sanierung von Bestandsgebäuden in erheblich geringerem Maß an. Hierzu findet zurzeit eine Anhörung der durch die Architects for Future (A4F) entwickelten MusterUMBauordnung im Rahmen der Bauministerkonferenz statt.²⁰

Welchen konkreten Schritte möchten Sie ergreifen, um die MusterUMBauordnung im Landesrecht (z.B. Landesbauordnung) umzusetzen?

a)

Sanierung des Baubestandes

Kurze Begründung:

Dadurch kann nicht nur das Klima geschont werden. Zugleich können beispielsweise neuer Wohnraum geschaffen bzw. bestehende Wohnräume aufgewertet und neue Akzente zur Entwicklung von Innenstädten und Stadtteilen gesetzt werden.

b)

Digitale Erfassung von Daten zu Bestandsgebäuden

Kurze Begründung:

Auf diese Weise ist in Zukunft schnell ersichtlich, inwiefern Bestandsgebäude saniert bzw. aufgewertet werden können. Die Stadt Aachen ist als digitale Modellkommunen mit ihrem Projekt zur Digitalisierung des Stadtarchivs Vorreiterin bei der kommunalen Datenarchivierung.

c)

Mehr Planungssicherheit und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

Kurze Begründung:

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen kein Hindernis für die Sanierung und Aufwertung des Baubestandes sein.



3. Das oben erwähnte immense Müllaufkommen bedeutet einen immensen Ressourcenverbrauch und steht dem Aufbau einer Kreislaufwirtschaft entgegen.

Welche gesetzlichen Vorgaben auf Landesebene streben Sie an, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren und ein Bauteil- bzw. Baustoffrecycling verpflichtend einzuführen?

a)

Förderung der Forschung und Entwicklung

Kurze Begründung:

Bauteil- und Baustoffrecycling ist immer noch verhältnismäßig teuer. Es bedarf neuer, innovativer Ansätze um diese Verfahrensweisen wirtschaftlicher gestalten zu können.

b)

Schaffung von Anreizen

Kurze Begründung:

Bauherren und Bauunternehmen sollen angeregt werden Bauteile und Baustoffe zu recyceln. Verpflichtende Vorgaben lehnen wir insofern ab, als dass sie zu einer unangemessenen wirtschaftlichen Belastung oder unverhältnismäßigen Verlängerung der Abriss- und Bauzeiten führen.

c)

Kurze Begründung:



4. Der größte Anteil der Energieverbräuche findet im Handlungsbereich Gebäude im Bereich der Wärmeversorgung statt. Die kommerziellen Wohnraumanbieter bzw. -ersteller werden durch die EU-Taxonomie in Zukunft gedrängt – wenn auch wahrscheinlich nicht ausreichend – hier Verbesserungen vorzunehmen.

Wie möchten Sie den großen Anteil der Einzeleigentümer verpflichten und unterstützen ihren Beitrag zur Wärmewende zu leisten?

a)

Förderung von Gebäudebegrünung

Kurze Begründung:

Dach- und Fassadenbegrünung tragen in der kalten Jahreszeit zur Wärmedämmung bei. In heißen Sommern kühlen sie das Gebäude. Zudem können die Pflanzen Schadstoffe aus der Luft filtern.

b)

Fortführung von Förderprogrammen zur Wärmedämmung und Heizungssanierung

Kurze Begründung:

Wir setzen auf möglichst unbürokratische Anreize für Hauseigentümer.

c)

Kurze Begründung:



5. In Anbetracht der eingangs erwähnten Versiegelung in der Größenordnung von 5 bis 8 ha pro Tag in NRW und der Tatsache, dass die Ressource Boden nicht einfach vermehrt werden kann, besteht hier akuter Handlungsbedarf.

Werden Sie den Grünflächenschwund im Sinne eines ganzheitlichen Schutzes und der Erhaltung der ökologischen Funktionen der Grünflächen stoppen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Wir brauchen naturbelassene Freiflächen. Deshalb setzen wir uns für die Verdichtungsmaßnahmen im Innenbereich ein. Unter anderem wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen bestehende Baulücken schließen.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Flächenverbrauch tatsächlich zu leisten sind und in Zukunft nicht etwa in finanzielle Ausgleichsmaßnahmen umgewandelt werden?²¹

Ja Eher ja Eher nein Nein

Kurze Begründung:

Ökologische Ausgleichsmaßnahmen sind wichtig. Allerdings müssen dafür die notwendigen Flächen zur Verfügung stehen. Zudem müssen die Maßnahmen finanzierbar sein.